Gesetz über öffentliche Beschaffungen

Vom 3. Juni 1999 (Stand 1. Dezember 2015)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 63 Absatz 1 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹⁾,

beschliesst:²⁾

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck

¹ Der Kanton will mit diesem Gesetz:

- a. das Verfahren von öffentlichen Vergaben regeln und transparent gestalten;
- b. den Wettbewerb stärken unter Berücksichtigung der eigenen volkswirtschaftlichen Bedürfnisse und Gegebenheiten;
- c. den wirtschaftlichen Einsatz der öffentlichen Mittel fördern;
- d. die Gleichbehandlung aller Anbietenden gewährleisten.

§ 1a * Grundsätze

¹ Für den Bereich des Bauhaupt- und des Baunebengewerbes enthält dieses Gesetz, insbesondere im Bereich der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsschutzbestimmungen, spezielle Bestimmungen.

² Die kollektivvertragliche Regelung der Befugnisse paritätischer Kommissionen wird mit diesem Gesetz nicht eingeschränkt.

§ 2 Beschränkungen des freien Zuganges zum Markt

¹ Verhältnismässige Beschränkungen des freien Zuganges zum Markt sind – sofern übergeordnetes Recht nichts anderes vorschreibt – für kantonale und ausserkantonale Anbieterinnen und Anbieter zulässig, sofern sie zur Wahrung überwiegender öffentlicher Interessen unerlässlich sind. *

1) SGS [100](#), GS 29.276

2) In der Volksabstimmung vom 26. September 1999 angenommen.

² Als überwiegende öffentliche Interessen fallen insbesondere in Betracht:

- a. der Schutz von Leben und Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen;
- b. der Schutz der natürlichen Umwelt;
- c. die Lauterkeit des Handelsverkehrs und der Konsumentenschutz;
- d. sozialpolitische und energiepolitische Ziele;
- e. die Gewährleistung eines hinreichenden Ausbildungsstandes für bewilligungspflichtige Berufstätigkeiten.

³ ... *

⁴ ... *

§ 3 Gegenstand

¹ Dieses Gesetz gilt für sämtliche Vergaben, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen, namentlich für:

- a. Bauaufträge,
- b. Lieferaufträge,
- c. Dienstleistungsaufträge.

² Das Gesetz gilt nicht für Vergaben an Behindertenorganisationen, Wohltätigkeitseinrichtungen, Strafanstalten sowie für arbeitsmarktliche Massnahmen nach Arbeitslosenversicherungsgesetz.

³ Für Planungs- und Gesamleistungswettbewerbe gilt § 20.

⁴ Ein Auftrag muss nicht nach dem Gesetz vergeben werden, wenn:

- a. dadurch Schutzrechte des geistigen Eigentums verletzt würden,
- b. die Beschaffung wegen Ereignissen, die die Beschaffungsstelle nicht vorhersehen konnte, dringlich ist,
- c. der Preis eines Gutes an öffentlichen Märkten oder Börsen gebildet wird.

§ 4 Auftraggebende bzw. Beschaffungsstellen *

¹ Diesem Gesetz unterstehen der Kanton, die Gemeinden und andere Träger kantonalen oder kommunaler Aufgaben. *

² Versicherungsanstalten des Kantons und der Gemeinden unterstehen diesem Gesetz, soweit es mit ihrem Zweck und mit den Vorschriften über die Bewirtschaftung ihres Vermögens vereinbar ist. Ungeachtet dieses Grundsatzes gelten jedoch in jedem Fall für Beschaffungen im Bereich des Bauhaupt- und Nebengewerbes die §§ 5, 6, 6a, 6c, 6d, 6e, 22, 22a und 24 Absätze 5^{bis} und 6. *

³ Soweit der Zweck der Beschaffung oder die Spezialgesetzgebung dafür Raum lassen, sorgen Kanton und Gemeinden dafür, dass das Gesetz über öffentliche Beschaffungen auch angewendet wird:

- a. * durch öffentliche und private Unternehmen, die mit ausschliesslichen oder besonderen Rechten ausgestattet sind, jeweils in den Sektoren Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie Telekommunikation für Aufträge, welche sie zur Durchführung ihrer im Kanton ausgeübten Tätigkeiten in diesen Sektoren vergeben;
- b. * auf Objekte und Leistungen, welche die Gemeinwesen mit mehr als 50% der Gesamtkosten subventionieren werden.

⁴ Ungeachtet des Grundsatzes gemäss Absatz 3 gelten für öffentliche und private Unternehmen gemäss Absatz 3 Buchstabe a sowie für Objekte und Leistungen gemäss Absatz 3 Buchstabe b bei Beschaffungen im Bereich des Bauhaupt- und Baunebengewerbes in jedem Fall die §§ 5, 6, 6a, 6c, 6d, 6e, 22, 22a und 24 Absätze 5^{bis} und 6. *

⁵ Die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen haben den Kontrollorganen gemäss § 6a auf erste Aufforderung hin sämtliche für die Kontrolle notwendigen Auskünfte und Informationen zu erteilen und insbesondere auch die Nachweise und Bestätigungen gemäss § 5 sowie eine Kopie des Protokolls gemäss § 24 Absatz 4 herauszugeben. *

§ 4a * Beirat für das öffentliche Beschaffungswesen

¹ Der Regierungsrat wählt auf Antrag der Bau- und Umweltschutzdirektion auf eine Amtsdauer von 4 Jahren einen Beirat für das öffentliche Beschaffungswesen.

² Dieser unterstützt und begleitet den Regierungsrat und die Direktionen beim koordinierten Vollzug der Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen. Er behandelt keine Einzelgeschäfte.

³ Die Bau- und Umweltschutzdirektion legt das Pflichtenheft des Beirats fest und legt dieses dem Regierungsrat zur Genehmigung vor.

⁴ Der Beirat

- a. beobachtet den Wettbewerb und diskutiert allgemeine Beschaffungsfragen;
- b. nimmt Anregungen von Dritten auf;
- c. analysiert konkrete Anwendungsfälle aus der Vergangenheit, welche zu Diskussionen Anlass gegeben haben – dabei kann er insbesondere Paritätische Kommissionen von Gesamtarbeitsverträgen beiziehen;
- d. kann Gutachten zu speziellen Beschaffungsfragen einholen;
- e. kann Empfehlungen an die gemäss diesem Gesetz tätigen Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen abgeben;
- f. kann Empfehlungen an den Regierungsrat zur Anpassung der basellandschaftlichen Beschaffungsgesetzgebung abgeben;

- g. erarbeitet in Zusammenarbeit mit der Zentralen Beschaffungsstelle eine Selbstdeklaration für Anbietende im Sinne von § 5 Absatz 4;
- h. orientiert jährlich den Regierungsrat über seine Tätigkeit.
- ⁵ Der Beirat besteht aus mindestens 7 Mitgliedern.
- ⁶ Er setzt sich – auf Vorschlag der basellandschaftlichen Dachverbände der Sozialpartner – aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite sowie 1 Vertreterin oder 1 Vertreter der Bau- und Umweltschutzdirektion zusammen.
- ⁷ Die gemäss Absatz 6 von der Bau- und Umweltschutzdirektion ernannte Person führt den Vorsitz. Im Übrigen konstituiert sich der Beirat selbst.
- ⁸ Er kann nach Bedarf Arbeitsgruppen bilden und dabei Dritte, insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Kontrollorgane gemäss § 6a dieses Gesetzes sowie der Paritätischen Kommissionen von Gesamtarbeitsverträgen, beziehen.
- ⁹ Die Bau- und Umweltschutzdirektion führt die Geschäftsstelle des Beirates.
- ¹⁰ Zu den Sitzungen können Personen aus der Verwaltung sowie aussenstehende Fachleute beigezogen werden.
- ¹¹ Die Mitglieder des Beirates arbeiten ehrenamtlich. Es werden keine Sitzungsgelder und Reiseentschädigungen ausgerichtet.

§ 4b * Zentrale Beschaffungsstelle

- ¹ Die Zentrale Beschaffungsstelle ist verantwortlich für die Entwicklung, Überwachung und Durchführung der Prozessabläufe im Beschaffungswesen der kantonalen Verwaltung.
- ² Sie steht zudem beratend auch den Gemeinden, den Körperschaften des öffentlichen Rechts und Privaten als Kontaktstelle bei Fragen zur Anwendung und zur Anwendbarkeit des öffentlichen Beschaffungswesens zur Verfügung.
- ³ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in der Verordnung.
- ⁴ Der Kanton stattet die Zentrale Beschaffungsstelle mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss diesem Gesetz notwendigen Ressourcen aus.

2 Anforderungen an Anbietende und Kontrollwesen *

§ 5 Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen *

- ¹ Beauftragt werden darf in der Regel nur, wer beteiligter Arbeitgeber oder beteiligte Arbeitgeberin eines Gesamtarbeitsvertrages ist. Dieser Gesamtarbeitsvertrag muss die angebotene Arbeitsleistung zum Gegenstand haben oder branchenverwandt sein. *

² Die Anbietenden müssen ferner für Leistungen, die in der Schweiz erbracht werden: *

- a. * die dauernde und vollumfängliche Einhaltung der an ihrem Sitz geltenden Gesamtarbeitsverträge bzw. bei deren Fehlen die dauernde und vollumfängliche Einhaltung der an ihrem Sitz geltenden orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen nachweisen;
- b. * die Einhaltung der massgebenden Arbeitsschutzbestimmungen bestätigen; als Arbeitsschutzbestimmungen gelten insbesondere Erlasse über den Arbeitnehmerschutz, über die Arbeitssicherheit sowie über den Gesundheits- und Unfallschutz;
- c. * die Einhaltung der schweizerischen und basellandschaftlichen oder mit diesen gleichwertigen Umweltschutzvorschriften bestätigen;
- d. * bestätigen, dass sie allen öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen, insbesondere der Bezahlung von Abgaben, Steuern und Sozialleistungen, nachkommen;
- e. * die Gleichbehandlung von Frau und Mann gemäss Bundesgesetz vom 24. März 1995³⁾ über die Gleichstellung von Frau und Mann bestätigen.

³ Die Anbietenden müssen weiter – sofern übergeordnetes Recht nichts anderes vorschreibt – bestätigen, dass sie die am Ort der Leistung geltenden Arbeitsbedingungen einhalten werden. Als Arbeitsbedingungen gelten die am Ort der Leistung geltenden Gesamtarbeitsverträge; wo diese fehlen, gelten die am Ort der Leistung orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen. *

⁴ Die Zentrale Beschaffungsstelle stellt für die Bestätigungen gemäss Absatz 2 Buchstaben b bis e und Absatz 3 ein Selbstdeklarationsformular zur Verfügung. *

⁵ Ausländische Anbietende haben zu bestätigen, dass sie die am Ort der Leistung geltenden Gesamtarbeitsverträge und Arbeitsschutzbestimmungen und bei deren Fehlen die am Ort der Leistung geltenden orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen vollumfänglich einhalten. *

§ 6 Nachweis und Kontrolle

¹ Anbietende haben auf eigene Kosten gegenüber den Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen den Nachweis zu erbringen, dass sie die in § 5 aufgeführten Arbeitsbedingungen erfüllen und bei Erteilung eines Auftrags als Auftragnehmende die ihnen in diesem Gesetz gemachten Auflagen vollumfänglich einhalten werden und insbesondere bereit sind, die vertraglichen Verpflichtungen gemäss § 22a einzugehen. Die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen überprüfen die Erbringung dieses Nachweises vor dem Zuschlag. *

3) SR 151.1

² Der Nachweis der Einhaltung der Bestimmungen eines allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrages – sei es am Sitz des Anbietenden gemäss § 5 Absatz 2 Buchstabe a oder am Ort der Leistung gemäss § 5 Absatz 3 – kann nur mittels Bestätigung der mit der Durchsetzung des jeweiligen Gesamtarbeitsvertrages betrauten paritätischen Organe erbracht werden. *

³ Die Einhaltung der Arbeitsbedingungen durch die Auftragnehmenden sowie das Vorliegen der jeweiligen Bestätigungen gemäss § 5 kann durch die vom Kanton gemäss § 6a ermächtigten Kontrollorgane jederzeit überprüft werden. Die für die Kontrolle erforderlichen Unterlagen sind auf erste Aufforderung hin – innert einer Frist von 15 Tagen – offen zu legen und in geeigneter Form dem Kontrollorgan auszuhändigen. *

⁴ Die vom Kanton gemäss § 6a ermächtigten Kontrollorgane stellen Verstösse gegen die Arbeitsbedingungen gemäss § 5 fest und auferlegen den Auftragnehmenden die daraus resultierenden Nachzahlungen, die Kontroll- und Abklärungskosten sowie gegebenenfalls eine Konventionalstrafe. *

⁵ Auftragnehmende, die als Generalunternehmer oder als Totalunternehmer sowie alle anderen Unternehmen, die Subunternehmen, Unterakkordanten oder temporäre Arbeitskräfte beiziehen, sind dafür verantwortlich und bestätigen schriftlich, dass sowohl jedes beauftragte Unternehmen als auch jedes an der Ausführung beteiligte Unternehmen die Bedingungen dieses Gesetzes vollumfänglich und dauernd einhalten. *

⁶ Die Auftragnehmenden gemäss Absatz 5 haften für sämtliche in einer Auftragskette nachfolgenden Subunternehmen und Unterakkordanten für Nachzahlungen, für die Vergütung der Kontroll- und Abklärungskosten sowie für allfällig verhängte Konventionalstrafen. *

§ 6a * Kontrollorgane

¹ Die Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsbedingungen und der weiteren Bestimmungen gemäss den §§ 5 und 6 obliegt dem Kantonalen Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA). Das KIGA kann – mit Ausnahme des Bauhaupt- und Baunebengewerbes gemäss Absatz 5 – seine Kontrollaufgaben ganz oder teilweise an Dritte übertragen. Die Aufgabendelegation erfolgt in Form einer Leistungsvereinbarung.

² Die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen gemäss § 4 sind verpflichtet, bei Beschaffungen im Bereich des Bauhaupt- und Baunebengewerbes – beim Einladungs- und freihändigen Verfahren gilt dies ab einem Auftragswert von CHF 50'000 – dem KIGA eine Kopie des rechtskräftigen Zuschlagsentscheides zu übermitteln. Dieser muss alle für die Kontrolle notwendigen Informationen enthalten (insbesondere Auftraggebender, Auftragnehmer, allfällig beauftragte Subunternehmer, Projekt/Objekt, Arbeitsgattung, Verfahrensart, Zuschlagssumme, Kontaktperson des Auftraggebenden und – sofern bekannt – Zeitpunkt der Ausführung). Das KIGA stellt mit geeigneten Massnahmen die Erfüllung dieser Verpflichtung durch die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen sicher.

³ Das KIGA ist verpflichtet, die gemäss Absatz 2 und gemäss § 24 Absatz 5^{bis} erhaltenen Dokumente unverzüglich an die Kontrollorgane gemäss Absatz 5 weiter zu leiten.

⁴ Der Kanton stattet das KIGA mit den zur Erfüllung seiner Aufgaben gemäss diesem Gesetz notwendigen Ressourcen aus.

⁵ Zur Durchführung von Kontrollen gemäss den §§ 5 und 6 ermächtigt der Regierungsrat bei Beschaffungen in Branchen des Bauhaupt- und Baunebengewerbes, ungeachtet, ob diese mittels Gesamtarbeitsvertrag geregelt sind oder für diese nur die orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen gelten, die folgenden Kontrollorgane:

- a. das im Bereich des Bauhauptgewerbes gemäss allgemeinverbindlich erklärtem Branchen-Gesamtarbeitsvertrag zuständige Kontrollorgan;
- b. das im Bereich des Baunebengewerbes gemäss § 16 ff. des Gesetzes vom 12. Dezember 2013⁴⁾ über die Arbeitsmarktaufsicht und über Entsendungen von Arbeitnehmenden und Dienstleistungserbringenden in die Schweiz zuständige zentrale Kontrollorgan.

⁶ Die ermächtigten Kontrollorgane gemäss Absatz 5:

- a. regeln unter sich, welche Branchen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallen;
- b. sind berechtigt, im Rahmen der Kontrollen bei den Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen direkt Auskünfte und Informationen einzuholen, insbesondere Nachweise und Bestätigungen gemäss § 5;
- c. können bei Bedarf die Unterstützung der Polizei Basel-Landschaft anfordern;
- d. halten die durchgeführten Kontrollen in geeigneter Form fest.

⁷ Der Regierungsrat schliesst mit den Kontrollorganen gemäss Absatz 5 eine Leistungsvereinbarung mit einer Laufzeit von mindestens 3 Jahren ab. Der Regierungsrat ist befugt, Entschädigungsverpflichtungen einzugehen. Er kann diese Zuständigkeit auch an eine seiner Direktionen übertragen.

4) SGS 815, GS 2014.016

§ 6b * Zusammenarbeit der Kontrollorgane mit anderen Behörden und Organisationen

¹ Kantonale und kommunale Behörden sowie öffentlich-rechtliche und private Institutionen, die im Kanton eidgenössisches, kantonales oder kommunales Recht, insbesondere im Bereich der Arbeitsinspektion, des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung, vollziehen oder im Bereich von Polizei, Ausländer- und Flüchtlingswesen, Zivilstand, Sozialhilfe und Steuerwesen tätig sind, sind verpflichtet, mit den gemäss § 6a vom Regierungsrat ermächtigten Kontrollorganen zusammenzuarbeiten. Dasselbe gilt für die Organisationen, die für den Vollzug von Gesamtarbeitsverträgen zuständig sind.

² Die Behörden und Organisationen nach Absatz 1 informieren das KIGA über Feststellungen, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit machen, welche Anhaltspunkte für das Vorliegen von Verstössen gegen die Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen gemäss diesem Gesetz enthalten.

³ Das KIGA leitet die gemäss Absatz 2 gemeldeten Feststellungen, welche das Bauhaupt- und Baunebengewerbe betreffen, umgehend an die in diesem Bereich gemäss § 6a Absatz 5 zuständigen Kontrollorgane weiter.

⁴ Die gemäss § 6a zuständigen Kontrollorgane können – unter Berücksichtigung des Datenschutzes – auch mit Behörden und Kontrollorganen anderer Kantone zusammenarbeiten sowie entsprechende Informationen austauschen. Personendaten dürfen nur ausgetauscht werden, soweit sie für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Behörden und Kontrollorgane erforderlich sind.

§ 6c * Konventionalstrafe

¹ Im Bereich des Bauhaupt- und Baunebengewerbes hat die Verletzung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen gemäss § 5 für die Auftragnehmer bzw. deren Subunternehmen und Unterakkordanten die Pflicht zur Bezahlung einer Konventionalstrafe zur Folge.

² Die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen sind verpflichtet, im Vertrag mit den Auftragnehmer eine Konventionalstrafe für den Fall der Verletzungen von Absatz 1 durch die Auftragnehmer bzw. deren Subunternehmen und Unterakkordanten festzuhalten.

³ In Fällen vorenthaltener geldwerter Ansprüche kann die Konventionalstrafe bis zur Höhe der geschuldeten Leistungen festgelegt werden.

⁴ Bei Verletzung von nichtgeldwerten Arbeitsbedingungen, wie z.B. das Nichtführen von Arbeitszeitrapporten oder die Nichteinhaltung von Arbeitssicherheitsbestimmungen, beträgt die Konventionalstrafe mindestens CHF 5'000 und höchstens CHF 100'000 je Fall.

⁵ In besonders gravierenden Fällen kann von den Ansätzen gemäss den Absätzen 3 und 4 nach oben abgewichen werden. Dies gilt insbesondere bei:

a. Schwarzarbeit;

- b. Verletzung der Auskunftspflicht, der Auskunftsverweigerung oder bei Erteilung wissentlich falscher Auskünfte;
- c. bei Vereitelung der Kontrolle;
- d. bei Nichtfolgeleistung im Falle einer rechtskräftigen Nachzahlungsverfügung;
- e. bei systematischen bzw. in gewinnsüchtiger Absicht begangenen Verstössen gegen die Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen gemäss § 5.

⁶ Das gemäss § 6a beauftragte Kontrollorgan legt nach Anhörung des betroffenen Auftragnehmenden die Konventionalstrafe fest und setzt eine Zahlungsfrist von 30 Tagen an.

⁷ Bezahlt der betroffene Auftragnehmende die ihm auferlegte Konventionalstrafe innert der gesetzten Frist nicht, so erlässt das KIGA – auf Antrag des Kontrollorgans hin – eine beschwerdefähige Verfügung, welche – unter Ansetzung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen – die Pflicht zur Zahlung der Konventionalstrafe an das Antrag stellende Kontrollorgan zum Inhalt hat.

⁸ Die gemäss § 6a beauftragten Kontrollorgane haben die Konventionalstrafe für den Vollzug der ihnen übertragenen Kontrollaufgaben zu verwenden.

§ 6d * Nachzahlungspflicht

¹ Bei festgestellten Verstössen gegen die Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen gemäss § 5 bei Beschaffungen im Bereich des Bauhaupt- und Baunebengewerbes stellen die gemäss § 6a Absatz 5 zuständigen Kontrollorgane – unter Ansetzung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen – dem betroffenen Auftragnehmenden die ihm gemäss § 6 Absatz 4 auferlegten Nachzahlungen, Kontroll- und Abklärungskosten in Rechnung.

² Bezahlt der betroffene Auftragnehmende die ihm gemäss Absatz 1 gestellte Rechnung innerhalb der angesetzten Zahlungsfrist nicht, so verfügt das KIGA – auf Antrag des zuständigen Kontrollorgans – gegenüber dem betroffenen Auftragnehmenden unter Ansetzung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen die Vergütung der Nachzahlungen, der Kontroll- und Abklärungskosten an das Antrag stellende Kontrollorgan.

³ Die Kontrollorgane haben die gemäss Absatz 1 und 2 erfolgten Zahlungen der Auftragnehmenden wie folgt zu verwenden:

- a. zur Deckung der angefallenen Kontroll- und Abklärungskosten und
- b. zur Abwicklung der Nachzahlungsmodalitäten im Zusammenhang mit den festgestellten Verstössen gemäss § 6 Absatz 4.

⁴ Die Kontrollorgane informieren das KIGA über die Zahlungseingänge und belegen diesem gegenüber deren ordnungsgemässe Verwendung.

⁵ Bei festgestellten Verstössen gegen die Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen gemäss § 5 bei Beschaffungen ausserhalb des Bereichs des Bauhaupt- und Baunebengewerbes stellt das KIGA als gemäss § 6a Absatz 1 zuständiges Kontrollorgan – unter Ansetzung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen – dem betroffenen Auftragnehmenden die ihm gemäss § 6 Absatz 4 auferlegten Nachzahlungen, Kontroll- und Abklärungskosten sowie die gegebenenfalls ihm auferlegte Konventionalstrafe in Rechnung.

⁶ Bezahlt der betroffene Auftragnehmende die ihm gemäss Absatz 5 vom KIGA gestellte Rechnung innerhalb der angesetzten Zahlungsfrist nicht, so verfährt das KIGA eigenständig analog Absatz 2.

⁷ Das KIGA hat die gemäss den Absätzen 5 und 6 erfolgten Zahlungen der Auftragnehmenden wie folgt zu verwenden:

- a. zur Deckung der dem KIGA angefallenen Kontroll- und Abklärungskosten;
- b. zur Abwicklung der Nachzahlungsmodalitäten im Zusammenhang mit den festgestellten Verstössen gegen die Gesamtarbeitsverträge bzw. Verstössen gegen die orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen, wobei das KIGA diese Aufgabe auch einer dafür geeigneten Institution übertragen kann.

§ 6e * Sicherstellungspflicht

¹ In begründeten Fällen, insbesondere wenn die Gefahr der Nichteinbringung der Nachzahlungen gemäss § 6 Absatz 4 besteht, sowie auf begründeten Antrag des Kontrollorgans gemäss § 6a Absatz 5 weist das KIGA die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen an, bis zu 20% der Auftragssumme zur Sicherstellung von Nachzahlungen, Kontroll- und Abklärungskosten sowie gegebenenfalls für verhängte Konventionalstrafen zurückzubehalten.

² Werden vom Auftragnehmenden die vom KIGA verfüigten Nachzahlungen, Vergütungen von Kontroll- und Abklärungskosten sowie gegebenenfalls für verhängte Konventionalstrafen gemäss § 6d Absätze 2 und 6 nicht innerhalb der verfüigten Frist geleistet, so weist das KIGA den Auftraggebenden bzw. die Beschaffungsstelle an, ihm die entsprechende Summe aus Rückbehalt gemäss Absatz 1, maximal die effektiv zurückbehaltene Summe, zu überweisen.

³ Die überwiesene Summe ist vom KIGA wie folgt zu verwenden:

- a. zur Deckung seiner aus dem Sicherstellungsverfahren angefallenen Kosten;
- b. zur Verwendung gemäss § 6d Absatz 7, wenn das KIGA gemäss § 6a Absatz 1 das zuständige Kontrollorgan ist;
- c. zur Überweisung an das gemäss § 6a Absatz 5 zuständige Kontrollorgan zur Verwendung gemäss § 6c Absatz 8 und § 6d Absatz 3.

§ 6f * Delegation von kantonalen Aufgaben

¹ Der Regierungsrat kann geeigneten Dritten Vollzugsaufgaben aus diesem Gesetz und die damit allenfalls verbundenen Verfügungskompetenzen übertragen.

§ 6g * Datenschutz und Datenbekanntgabe

¹ Die am Vollzug dieses Gesetzes beteiligten Personen und Stellen sind bezüglich aller Feststellungen, die sie in Ausübung ihrer Tätigkeit machen, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

² Sie bearbeiten gemäss den einschlägigen Datenschutzbestimmungen Daten von Betrieben und Personen und tauschen diese untereinander aus.

§ 7 Eignungskriterien

¹ Die Auftraggebenden können von den Anbietenden verlangen, dass sie ihre fachliche Qualifikation und ihre finanzielle, wirtschaftliche, und technische Leistungsfähigkeit nachweisen.

² Die Leistungsfähigkeit muss in der Ausschreibung mit objektiven und überprüfbaren Eignungskriterien umschrieben werden.

§ 8 Ausschlussgründe

¹ Vom Verfahren wird in der Regel ausgeschlossen, wer

- a. die Einhaltung der Arbeitsbedingungen nicht gewährleistet;
- b. Steuern oder Sozialabgaben nicht bezahlt hat;
- c. die Eignungskriterien nicht oder nur teilweise erfüllt oder keinen entsprechenden Eignungsnachweis erbringt;
- d. falsche Auskünfte erteilt;
- e. Angaben und Nachweise nicht rechtzeitig beibringt oder von der zuständigen Stelle angeordnete Kontrollen nicht zulässt;
- f. Absprachen trifft, die einen wirksamen Wettbewerb verhindern oder beeinträchtigen;
- g. sich in einem Konkurs- oder Nachlassverfahren befindet;
- h. Arbeiten und Lieferungen Privaten grundsätzlich preisgünstiger anbietet;
- i. ein Angebot einreicht, das ungenügende Sachkenntnis oder Merkmale unlauteren Wettbewerbs erkennen lässt.

3 Vergabeverfahren

§ 9 Grundsätze

¹ Bei den Vergaben sind folgende Grundsätze einzuhalten:

- a. das Verfahren muss transparent gestaltet sein, damit unter den Anbieterinnen und Anbietern ein wirksamer Wettbewerb stattfinden kann;
- b. in keiner Phase des Verfahrens dürfen Anbietende diskriminiert werden;
- c. die zur Verfügung stehenden Mittel müssen wirtschaftlich verwendet werden;
- d. es müssen wirksame Kontrollmechanismen vorhanden sein;
- e. alle anfechtbaren Entscheide müssen eine Rechtsmittelbelehrung enthalten;
- f. die zu den Angeboten gehörenden Angaben und Unterlagen müssen vertraulich behandelt werden. Ausgenommen sind das Protokoll über die Öffnung der Angebote und die nach der Zuschlagserteilung zu publizierenden Mitteilungen gemäss diesem Gesetz.

§ 10 Teilnahmerecht

¹ Am Vergabeverfahren teilnehmen darf, wer Sitz oder Niederlassung hat:

- a. in der Schweiz;
- b. in den Vertragsstaaten mit Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen im Anwendungsbereich dieser Übereinkommen, soweit diese Staaten Gegenrecht gewähren.

§ 11 Technische Spezifikationen

¹ In den Ausschreibungsunterlagen sind die zu beschaffenden Güter, Dienstleistungen und Aufträge mit den nötigen technischen Spezifikationen zu beschreiben.

² Die technischen Spezifikationen sollen so weit als möglich national und international anerkannten Normen oder Vorschriften entsprechen.

§ 12 Verfahrensarten

¹ Aufträge werden vergeben im:

- a. offenen Verfahren,
- b. selektiven Verfahren,
- c. Einladungsverfahren,
- d. freihändigen Verfahren.

§ 13 Wahl des Verfahrens

¹ Die Wahl des Verfahrens richtet sich nach den vom Regierungsrat festgelegten Schwellenwerten. Dabei hält sich der Regierungsrat an die periodischen Anpassungen durch das Organ der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen.

² Ein Auftrag darf nicht in der Absicht aufgeteilt werden, die Anwendbarkeit dieses Gesetzes zu umgehen. Die Aufteilung eines Auftrages kann in Rahmen dieses Gesetzes vorgenommen werden, um kleine und mittlere Firmen zu fördern.

³ Wiederkehrende Vergaben müssen periodisch ausgeschrieben werden.

§ 14 Offenes Verfahren

¹ Beim offenen Verfahren wird der Auftrag öffentlich ausgeschrieben.

² Die Zahl der Teilnehmenden ist unbeschränkt.

§ 15 Selektives Verfahren

¹ Wer bei einem Auftrag oder bei einem Arbeitsgebiet besondere Anforderungen voraussetzt, schreibt öffentlich eine Eignungsabklärung aus.

² In der Ausschreibung ist festzuhalten, ob sich das selektive Verfahren (= Präqualifikationsverfahren) auf einen einzelnen Auftrag oder ein bestimmtes Arbeitsgebiet bezieht.

³ Die Zahl der am selektiven Verfahren Teilnehmenden ist unbeschränkt.

⁴ Unmittelbar nach Abschluss der Eignungsabklärung wird den Beteiligten eröffnet, wer für den Auftrag oder das Arbeitsgebiet geeignet ist.

⁵ Anschliessend werden die geeigneten Anbietenden gleichzeitig schriftlich eingeladen, ihre Angebote oder ihre Wettbewerbsbeiträge einzureichen.

⁶ Um die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens zu wahren, kann die Anzahl der zur Angebotseinreichung Eingeladenen beschränkt werden. Die Anzahl muss in der Ausschreibung bekanntgegeben werden. Ein wirksamer Wettbewerb muss gewährleistet sein.

§ 16 Selektives Verfahren; Ständige Listen

¹ Die Auftraggebenden können ständige Listen über qualifizierte Anbieterinnen und Anbieter führen. Wer sich im selektiven Verfahren für bestimmte Arbeitsgebiete qualifiziert hat, wird in die ständige Liste aufgenommen, sofern in diesem Arbeitsgebiet eine solche geführt wird. Die Aufzählung dieser Listen wird jährlich im Amtsblatt veröffentlicht.

² Ausschreibungen zur Eignungsabklärung für bestimmte Arbeitsgebiete sind periodisch zu wiederholen. Alle Anbietenden können verlangen, dass ihnen auch ausserhalb eines Verfahrens Gelegenheit zur Qualifizierung geboten wird.

³ Wer in eine ständige Liste aufgenommen ist, kann für die Eignungsabklärung im selektiven Verfahren vereinfachte Unterlagen einreichen.

§ 17 Einladungsverfahren

¹ Beim Einladungsverfahren werden die Ausschreibungsunterlagen mehreren im voraus bestimmten Firmen zur Einreichung von Angeboten zugestellt.

² Die Anzahl der einzuholenden Konkurrenzofferten richtet sich nach dem Auftragswert.

§ 18 Freihändiges Verfahren

¹ Beim freihändigen Verfahren wird ohne öffentliche Ausschreibung vergeben. Vorgängig muss ein Angebot eingeholt werden.

§ 19 Voraussetzungen für die Anwendung des freihändigen Verfahrens

¹ Der Auftrag kann freihändig vergeben werden, wenn:

- a. der geschätzte Auftragswert den Schwellenwert für ein anderes Verfahren nicht erreicht;
- b. in den anderen Verfahren niemand oder kein Angebot die Kriterien erfüllt;
- c. in einem anderen Verfahren sämtliche Anbietenden ihre Angebote abgesprochen haben;
- d. die Vergabe widerrufen wurde und die Bedingungen der Ausschreibung nicht wesentlich geändert werden;
- e. bestehende Anlagen und Materialien aus nicht vorhersehbaren Gründen erweitert, instandgehalten oder repariert werden müssen;
- f. durch den Wechsel einer Anbieterin oder eines Anbieters die Austauschbarkeit (Kompatibilität) mit bestehenden Anlagen und Materialien nicht mehr gewährleistet ist;
- g. es sich um einen Zuschlag handelt, der der Gewinnerin oder dem Gewinner eines Wettbewerbes erteilt wird, soweit dieser die Weiterbearbeitung eines urheberrechtlich geschützten Projektes zum Gegenstand hat;
- h. eine Beschaffungsstelle Prototypen oder eine Erstanfertigung oder -dienstleistung kauft, die auf ihr Ersuchen für einen bestimmten Forschungs-, Versuchs-, Studien- oder Neuentwicklungsauftrag oder in dessen Verlauf entwickelt werden.

§ 20 Planungs- und Gesamleistungswettbewerb

¹ Planungs- und Gesamleistungswettbewerb dienen den Auftraggebenden zur Evaluation verschiedener Lösungen, insbesondere in konzeptioneller, gestalterischer, ökologischer, wirtschaftlicher und technischer Hinsicht.

² Die Auftraggebenden regeln das Wettbewerbsverfahren im Einzelfall. Sie können dabei ganz oder teilweise auf einschlägige Bestimmungen verweisen.

³ Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten sinngemäss, soweit in den konkreten Wettbewerbsbestimmungen keine andern Regelungen getroffen sind.

4 Ausschreibung und Angebote

§ 21 Ausschreibung

¹ Die Ausschreibung für das offene und das selektive Verfahren wird mindestens im kantonalen Amtsblatt veröffentlicht.

² Die publizierte Ausschreibung oder die Aufforderung zur Einreichung von Angeboten im Einladungsverfahren hat mindestens anzugeben:

- a. Name und Anschrift der Auftraggeberin oder des Auftraggebers;
- b. die Verfahrensart;
- c. Gegenstand und Umfang des Auftrags mit Informationen über Varianten und Daueraufträge und über den Zeitpunkt der Ausschreibung von Nebenarbeiten;
- d. Ausführungs- und Liefertermine;
- e. die Sprache des Vergabeverfahrens;
- f. die wirtschaftlichen und technischen Anforderungen, die finanziellen Garantien und die Angaben, die von den Anbietenden verlangt werden;
- g. Bezugsquelle und Preis der Unterlagen;
- h. Ort und Zeitpunkt der Einreichung der Angebote;
- i. ob das Verfahren dem GATT/WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen unterstellt ist.

³ Die in der Ausschreibung enthaltene Frist bemisst sich nach der Art und dem Umfang der zu beschaffenden Güter, Dienstleistungen und Bauaufträge und allenfalls nach den Vorgaben des GATT/WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen.

§ 22 Ausschreibungsunterlagen

¹ Die Ausschreibungsunterlagen müssen alle wesentlichen Angaben und insbesondere im Bereich des Bauhaupt- und Baunebengewerbes den Hinweis auf die Nachzahlungspflicht, die mögliche Auferlegung einer Konventionalstrafe sowie Sicherstellung und Verwendung des Sicherstellungsrückbehaltes enthalten. Die für den Zuschlag massgebenden Kriterien müssen in der Reihenfolge ihrer Bedeutung und entsprechend ihrer Gewichtung aufgeführt sein. *

^{1bis} Die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen sind im Bereich des Bauhaupt- und Baunebengewerbes verpflichtet, in den Ausschreibungsunterlagen festzuhalten, dass die Bestimmungen nach den §§ 5, 6, 6a, 6c, 6d und 6e eingehalten werden müssen. Weiter ist in den Ausschreibungsunterlagen festzuhalten, dass diese Bestimmungen auch bei der Weitervergabe von Aufträgen an Dritte durch die Anbietenden eingehalten werden müssen. *

² Werden während der Eingabefrist Ausschreibungsunterlagen geändert, so müssen alle Anbieterinnen und Anbieter gleichzeitig und rechtzeitig darüber informiert werden.

³ Für die Ausschreibungsunterlagen kann eine kostendeckende Gebühr verlangt werden. Die Höhe ist in der Ausschreibung bekanntzugeben.

§ 22a * Vertrag mit den Auftragnehmenden

¹ Die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen sind im Bereich des Bauhaupt- und Baunebengewerbes verpflichtet, im Vertrag mit den Auftragnehmenden auf die Nachzahlungspflicht, die mögliche Auferlegung einer Konventionalstrafe sowie Sicherstellung und Verwendung des Sicherstellungsrückbehaltes hinzuweisen.

² Sie halten im Bereich des Bauhaupt- und Baunebengewerbes zudem im Vertrag mit den Auftragnehmenden fest, dass die Bestimmungen nach den §§ 5, 6, 6a, 6c, 6d und 6e eingehalten werden müssen.

³ Wenn Auftragnehmende Aufträge an Dritte weitervergeben, haben diese im Vertrag mit Dritten ebenfalls festzuhalten, dass die Bestimmungen nach den §§ 5, 6, 6a, 6c, 6d und 6e eingehalten werden müssen.

§ 23 Angebote

¹ Angebote sind schriftlich, vollständig und innert der angegebenen Frist einzureichen. Sie müssen die in der Ausschreibung genannten Vorgaben einhalten.

² Unvollständige oder verspätet eingetroffene Angebote werden ausgeschlossen.

³ Der Aufwand für die Ausarbeitung der Angebote wird nicht vergütet. Vorbehalten bleiben anderslautende Angaben in der Ausschreibung.

⁴ Teilangebote und Varianten sind zulässig. Diese sind separat und deutlich gekennzeichnet einzugeben. Vorbehalten bleiben anderslautende Bestimmungen in den Ausschreibungsunterlagen.

5 Öffnung, Prüfung und Zuschlag

§ 24 Öffnung und Prüfung der Angebote

¹ Die Ausschreibung hält fest, wann und wo die Angebote geöffnet werden.

² Die Angebote werden von mindestens 2 Vertreterinnen oder Vertretern der Auftraggebenden geöffnet.

³ Die Anbietenden sowie die in den gesamtarbeitsvertraglichen Bestimmungen vorgesehenen Vollzugsorgane sind beim offenen und selektiven Verfahren zur Öffnung der Angebote eingeladen.

⁴ Über die Öffnung der Angebote wird ein Protokoll erstellt.

⁵ Alle am Verfahren beteiligten Anbieterinnen und Anbieter können darin Einsicht nehmen.

^{5bis} Bei Beschaffungen stellen die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen eine Kopie des Protokolls gemäss Absatz 4 dem KIGA zu. *

⁶ Die Angebote werden nach einheitlichen Kriterien geprüft. Auf Hinweis des zuständigen Kontrollorgans hin haben die Auftraggebenden bzw. Beschaffungsstellen zudem das Vorliegen von Ausschlussgründen im Besonderen zu überprüfen. *

§ 25 Verhandlungsverbot

¹ Verhandlungen über Preise und Preisnachlässe sind unzulässig, soweit nicht das freihändige Verfahren durchgeführt wird.

² Rückfragen zur Klärung des Offertinhaltes sind in jedem Verfahren zulässig.

§ 26 Zuschlag

¹ Der Zuschlag erfolgt zu Marktpreisen auf das wirtschaftlich günstigste Angebot. Dabei müssen die in der Ausschreibung festgehaltenen Kriterien in der Reihenfolge ihrer Bedeutung und entsprechend ihrer Gewichtung angewandt werden.

² Der Vertrag mit der Auftragnehmerin oder dem Auftragnehmer darf nach Ablauf der Frist für die Beschwerde gegen den Zuschlag abgeschlossen werden, es sei denn, das Verwaltungsgericht habe der Beschwerde aufschiebende Wirkung erteilt.

§ 27 Eröffnung

¹ Zuschläge werden mit summarischer Begründung durch Publikation mindestens im Amtsblatt oder durch persönliche Benachrichtigung eröffnet.

² Soweit es sich nicht aus der Eröffnung des Zuschlages ergibt, können die Beteiligten innerhalb von 5 Tagen verlangen, dass ihnen durch einen weiteren Entscheid eröffnet wird:

- a. welches Vergabeverfahren angewandt worden ist;
- b. wer den Zuschlag erhalten hat;
- c. zu welchem Preis der Auftrag vergeben worden ist;
- d. aus welchen wesentlichen Gründen das Angebot des gesuchstellenden Beteiligten nicht berücksichtigt wurde;

e. worin die ausschlaggebenden Merkmale und Vorteile des berücksichtigten Angebotes liegen.

³ Die Vergabestelle muss Informationen nach Abs. 2 nicht liefern, wenn dadurch:

- a. gegen Bundesrecht verstossen würde oder öffentliche Interessen verletzt würden;
- b. berechnigte wirtschaftliche Interessen der Anbietenden beeinträchtigt würden oder der lautere Wettbewerb verletzt würde.

§ 28 Widerruf des Zuschlages

¹ Der Zuschlag kann widerrufen werden, wenn ein Verfahrensausschlussgrund vorliegt, der vor dem Entscheid noch nicht bestand oder der Vergabestelle nicht bekannt war.

6 Verfahrensabbruch, Verfahrenswiederholung und Verfahrensneuaufgabe

§ 29 Verfahrensabbruch, Verfahrenswiederholung und Verfahrensneuaufgabe

¹ Das Verfahren kann aus wichtigen Gründen abgebrochen, wiederholt oder neu aufgelegt werden, namentlich wenn:

- a. kein Angebot eingereicht wurde, das die ausgeschriebenen Kriterien oder technischen Anforderungen erfüllt;
- b. sich die Verhältnisse, unter denen der Wettbewerb ausgeschrieben wurde, wesentlich geändert haben;
- c. am Projekt eine wesentliche Änderung vorgenommen wird.

² Verfahrensabbruch, Verfahrenswiederholung und Verfahrensneuaufgabe sind allen Anbietenden schriftlich mitzuteilen.

7 Beschwerdeverfahren

§ 30 Verfahren

¹ Beschwerden sind samt Begründung innerhalb von 10 Tagen nach Eröffnung des Zuschlages oder der schriftlichen Begründung an das Verwaltungsgericht zu richten.

² Das Verwaltungsgericht benachrichtigt die Vergabestelle umgehend über die Beschwerdeeingänge und über seine Entscheide.

³ Ist der Vertrag bereits abgeschlossen und erweist sich die Beschwerde als begründet, stellt das Verwaltungsgericht die Rechtswidrigkeit des Entscheides fest. Die Aufhebung des Vertrages ist ausgeschlossen.

⁴ Ist der Vertrag noch nicht abgeschlossen, so kann das Verwaltungsgericht die Aufhebung des Zuschlages beschliessen und:

- a. in der Sache selbst entscheiden oder
- b. die Sache an die Auftraggeberin bzw. den Auftraggeber mit oder ohne verbindliche Anweisungen zurückweisen.

⁵ Soweit dieses Gesetz nichts anderes vorsieht, richtet sich das Verfahren nach der Verwaltungsprozessordnung.

§ 31 Beschwerdegegenstand

¹ Die Beschwerde ist möglich gegen den Entscheid über:

- a. Beschränkungen des freien Zuganges zum Markt;
- b. die Auswahl im selektiven Verfahren;
- c. die Zusammensetzung der ständigen Listen;
- d. Abbruch, Wiederholung und Neuauflage des Verfahrens;
- e. den Ausschluss vom Vergabeverfahren;
- f. den Zuschlag;
- g. den Widerruf des Zuschlages.

§ 32 Aufschiebende Wirkung

¹ Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

² Die Präsidentin oder der Präsident des Verwaltungsgerichtes kann auf Gesuch oder von Amtes wegen die aufschiebende Wirkung erteilen, wenn die Beschwerde als ausreichend begründet erscheint und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen. Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet umgehend über die aufschiebende Wirkung.

³ Wer die aufschiebende Wirkung beantragt, kann zur Sicherstellung von möglichen Schadenersatzansprüchen verpflichtet werden, wenn die zu erwartenden Nachteile bedeutend sind. Wird die Sicherheit nicht fristgemäss geleistet, wird der Entscheid über die aufschiebende Wirkung hinfällig.

§ 33 Schadenersatz

¹ Die Auftraggeberinnen und Auftraggeber haften für Schaden, den sie durch eine Verfügung verursacht haben, deren Rechtswidrigkeit vom Verwaltungsgericht festgestellt worden ist.

² Die Haftung ist auf Aufwendungen beschränkt, die der Anbieterin oder dem Anbieter im Zusammenhang mit dem Vergabe- und Rechtsmittelverfahren erwachsen sind.

³ Im Übrigen richten sich Haftung und Verfahren nach dem für die Auftraggeberin oder den Auftraggeber anwendbaren Haftpflichtrecht.

⁴ Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer haben den Schaden zu ersetzen, der aus der aufschiebenden Wirkung entstanden ist, wenn der Schaden absichtlich oder grobfahrlässig verursacht wurde.

⁵ Das Verwaltungsgericht entscheidet über die Schadenersatzforderungen.

8 Sanktion

§ 34 Sanktion

¹ Wer bei der Erfüllung öffentlicher Aufträge gegen Vergabebestimmungen verstösst, kann für eine dem Verschulden angemessene Dauer von der Teilnahme an Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

9 Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 35 Übergangsbestimmung

¹ Dieses Gesetz gilt für alle Aufträge, die nach seinem Inkrafttreten⁵⁾ ausgeschrieben und vergeben werden.

§ 36 Aufhebung bisherigen Rechtes

¹ Der Landratsbeschluss betreffend das Submissionswesen vom 22. August 1887⁶⁾ wird aufgehoben.

² Die Bestimmung von § 44 Absatz 2 Ziffer c des Gesetzes vom 16. Dezember 1993 über die Verfassungs- und Verwaltungsprozessordnung⁷⁾ wird aufgehoben.

5) Vom Regierungsrat am 25. Januar 2000 auf den 1. Februar 2000 in Kraft gesetzt.

6) GS –, SGS 420.1

7) GS 31.847, SGS 271

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
03.06.1999	01.02.2000	Erllass	Erstfassung	GS 33.1062
21.05.2015	01.12.2015	§ 1a	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 2 Abs. 1	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 2 Abs. 3	aufgehoben	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 2 Abs. 4	aufgehoben	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 4	Titel geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 4 Abs. 1	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 4 Abs. 2	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 4 Abs. 3, lit. a.	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 4 Abs. 3, lit. b.	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 4 Abs. 4	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 4 Abs. 5	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 4a	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 4b	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	Titel 2	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5	Titel geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 1	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 2	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 2, lit. a.	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 2, lit. b.	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 2, lit. c.	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 2, lit. d.	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 2, lit. e.	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 3	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 4	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 5 Abs. 5	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6 Abs. 4	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6 Abs. 5	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6 Abs. 6	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6a	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6b	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6c	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6d	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6e	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 6f	eingefügt	GS 2015.079

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
21.05.2015	01.12.2015	§ 6g	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 22 Abs. 1	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 22 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 22a	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 24 Abs. 5 ^{bis}	eingefügt	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	§ 24 Abs. 6	geändert	GS 2015.079
21.05.2015	01.12.2015	Anhang 1	Name und Inhalt geändert	GS 2015.079

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erllass	03.06.1999	01.02.2000	Erstfassung	GS 33.1062
§ 1a	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 2 Abs. 1	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 2 Abs. 3	21.05.2015	01.12.2015	aufgehoben	GS 2015.079
§ 2 Abs. 4	21.05.2015	01.12.2015	aufgehoben	GS 2015.079
§ 4	21.05.2015	01.12.2015	Titel geändert	GS 2015.079
§ 4 Abs. 1	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 4 Abs. 2	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 4 Abs. 3, lit. a.	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 4 Abs. 3, lit. b.	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 4 Abs. 4	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 4 Abs. 5	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 4a	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 4b	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
Titel 2	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 5	21.05.2015	01.12.2015	Titel geändert	GS 2015.079
§ 5 Abs. 1	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 5 Abs. 2	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 5 Abs. 2, lit. a.	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 5 Abs. 2, lit. b.	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 5 Abs. 2, lit. c.	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 5 Abs. 2, lit. d.	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 5 Abs. 2, lit. e.	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 5 Abs. 3	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 5 Abs. 4	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 5 Abs. 5	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 6 Abs. 1	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 6 Abs. 2	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 6 Abs. 3	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 6 Abs. 4	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 6 Abs. 5	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 6 Abs. 6	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 6a	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 6b	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 6c	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 6d	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 6e	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 6f	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 6g	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 22 Abs. 1	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
§ 22 Abs. 1 ^{bis}	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 22a	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 24 Abs. 5 ^{bis}	21.05.2015	01.12.2015	eingefügt	GS 2015.079
§ 24 Abs. 6	21.05.2015	01.12.2015	geändert	GS 2015.079
Anhang 1	21.05.2015	01.12.2015	Name und Inhalt geändert	GS 2015.079